



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 92. Ratssitzung vom 10. April 2024

3074. 2024/125

Parlamentarische Initiative der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 20.03.2024: Verordnung über die Tagesschulen der städtischen Volksschule (VTS), Anpassung des Unterrichtsbeginns am Morgen und der Bestimmung über die Dauer der gebundenen Mittage

Christina Horisberger (SP) begründet die Parlamentarische Initiative (vergleiche Beschluss-Nr. 3001/2024): Die Parlamentarische Initiative geht auf die Kommissionsberatungen und Diskussionen über die nachfolgende Einzelinitiative von Annick Hess zurück. Diese fordert eine Späterlegung des Unterrichts am Morgen an den Volksschulen der Stadt. Damit greift sie ein Thema auf, das seit Längerem diskutiert und in anderen Gemeinden bereits teilweise umgesetzt wird. Mittels Schlafforschungen konnte belegt werden, dass sich ein 20 Minuten späterer Schulbeginn bei Jugendlichen auf die Schlafdauer und Tagesform auswirkt. Kantonsschullehrer stellen fest, dass Schülerinnen und Schüler, die weit an die Schule reisen müssen, den ganzen Tag über müde sind. In den Kommissionsberatungen und in Gesprächen mit der Kreisschulbehörde und Eltern stellten wir fest, dass die Erkenntnis und ein späterer Schulbeginn grundsätzlich auf Zustimmung stossen. Der positive Effekt wird nicht bestritten. Da die Bedenken ernsthaft in den Kommissionen besprochen wurden, dauerte es so lange, bis die Einzelinitiative vom Jahr 2020 nun im Gemeinderat diskutiert wird. Folgende Rahmenbedingungen stehen einer flächendeckenden Umsetzung und damit der Einzelinitiative entgegen. Mit der Einführung der Tagesschulen sind die Schulen in der Stadt organisatorisch und personell bereits stark herausgefordert. Die Ausführungsbestimmungen der Tagesschulverordnung halten fest, dass die Mittagszeit von 80 bis 100 Minuten dauert, damit sich die Schulkinder erholen können und um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Bei der Umsetzung dieser Bestimmungen standen jüngere Kinder im Fokus. Mit der Umsetzung der Tagesschulen und dem ständigen Bevölkerungswachstum in der Stadt gibt es aktuell einen grossen Engpass in den Turnhallen- und Fachzimmerkapazitäten bei den Betreuungs- und Gruppenzimmern. Mit der Schulraumoffensive wird dies ab dem Jahr 2030 zu einer Entspannung führen. Unter Berücksichtigung dieser Gründe wollten wir mit diesem Dispositivantrag ein Pilotprojekt mit fünf Schulen auf freiwilliger Basis anregen. Diese würden sich bereit erklären, den Unterricht in der Regel frühestens um 8 Uhr zu beginnen und die Mittagspause auf mindestens 60 Minuten zu kürzen. Die Kürzung der Mittagszeit betrifft die gebundenen Mittage auf der Sekundarstufe. Wir sind der Meinung, dass diese Mittagszeit für Jugendliche ausreichend ist, um sich zu verpflegen und zu erholen. Besonders soll mit der Verkürzung der Mittagszeit verhindert werden, dass der



2 / 2

*Unterricht am Nachmittag später aufhört. Erwiesen ist ebenfalls, dass die späten Stunden am Nachmittag für die Aufmerksamkeitsspanne der Jugendlichen schwierig sind. Der Dispositivantrag erwies sich als nicht rechtskonform. Darum wählten wir den Weg der Parlamentarischen Initiative. Diese ermöglicht, dass die Sekundarstufen sich für die Späterlegung 40 (?) Jahre Zeit lassen können, nachdem sie auf den Tagesschulbetrieb umgestellt haben. In der Diskussion um den späteren Schulbeginn auf Sekundarstufe wurden wir darauf hingewiesen, dass dieser nicht allein im Fokus stehen soll, sondern auch die überladene Lektionentafel. Dieses Thema muss auf kantonaler Ebene angegangen werden. In der Sekundarstufe sind wir mit der klaren Trennung der Schulfächer weit vom Ziel des intrinsischen Lernens und der Kompetenz des vernetzten Denkens entfernt. Ermöglichen Sie den Sekundarschüler*innen wenigstens den späteren Schulbeginn.*

Die Parlamentarische Initiative wird von 64 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 42 Stimmen gemäss Art. 139 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Gemäss Parlamentarischer Initiative wird die Überweisung an die SK PRD/SSD beantragt.

Damit ist die Parlamentarische Initiative stillschweigend an die SK PRD/SSD überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat